

Ausschreibung zum **Sonderprojekt „Generation Protest“**

Protest als politische Partizipationsform beleuchten und demokratische Beteiligung fördern

Ob die Unterschrift bei einer (Online-)Petition, die Teilnahme an einer Sitzblockade, das in die Höhe halten eines Plakates auf einer Demonstration oder das Liken eines Social-Media-Beitrags – die Formen politischen Aktivismus sind vielfältig. Eine [Studie des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung](#) aus dem Jahr 2019 zeigt, dass das Durchschnittsalter der Aktivist*innen der Fridays-for-Future-Bewegung 25,8 Jahre beträgt, 52,8 % sind zwischen 14 und 19 Jahre alt. Viele junge Menschen wollen auf Missstände aufmerksam machen und fordern Änderungen in Bezug auf den gesellschaftlichen und politischen Status Quo. Der Kampf um das Frauenwahlrecht oder die gleichgeschlechtliche Ehe, die Bürgerrechtsbewegung der 1950er und 60er Jahre in den USA oder die Friedensbewegung der DDR zeigen, dass Protestaktionen oder -bewegungen der Anfang von sozialem Wandel und als direkte Form der politischen Beteiligung sehr einflussreich sein können. Doch es gibt auch Formen des politischen Protestes, die mit antidemokratischer Propaganda und Populismus einhergehen oder zu eskalierender Gewalt führen. Gegner*innen von Protestbewegungen verbreiten oftmals Fake News über die Protestierenden, um ihre eigenen politischen Interessen zu stärken.

Demonstrationen gegen Wahlfälschung in Belarus oder Aufstände für Verfassungsreformen in Thailand – Der Kampf für Menschenrechte ist häufig Gegenstand von Protesten. Auch heute noch sind die Rechte auf Widerstand oder freie Meinungsäußerung in vielen Ländern der Welt nicht garantiert und werden durch autoritäre Regierungen oftmals unterdrückt. In Deutschland ist das Recht auf Widerspruch in Form von Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit im Grundgesetz verankert. Ein Blick auf die Geschichte zeigt jedoch, dass diese Freiheiten nicht immer selbstverständlich waren. Durch die Möglichkeit des globalen Nachrichtenaustauschs in Echtzeit ist heute nicht nur das (internationale) Mobilisierungspotential ein größeres und die Proteste oftmals globaler, auch die Frage internationaler Zusammenhänge und Verantwortungen ist beim Blick auf den Schutz von Menschenrechten immer unvermeidlicher.

Das Sonderprojekt „**Generation Protest**“ hat zum Ziel, jungen Menschen aufzuzeigen, welche Möglichkeiten es gibt, sich jenseits von Wahlen demokratisch für die eigenen Belange einzusetzen. Gleichzeitig sollen Jugendliche dafür sensibilisiert werden, wo die Grenzen der Legalität liegen und ab wann Protest demokratiefeindlich ist. Hierbei kann das Thema auch in einem internationalen Kontext bearbeitet werden, indem darüber informiert wird, wie Einzelpersonen und Organisationen sich weltweit für Menschenrechte einsetzen oder wie die Menschenrechte entstanden sind. Es soll zudem eine Auseinandersetzung dazu angestoßen werden, welche Rechte jedem Menschen zustehen und wie junge Menschen dazu befähigt werden können, diese einzufordern.

Die Zentralstelle für Politische Jugendbildung im DVV fördert im Jahr 2022 ausgewählte innovative außerschulische vhs-Bildungsangebote für Jugendliche und junge Erwachsene bis einschließlich 26 Jahren oder für Multiplikator*innen aus der Jugendarbeit. Die Antragstellung erfolgt ausschließlich über das [Onlinesystem](#) (Förderangebot „Sonstige Aktivitäten“). Bitte vermerken Sie bei der Eingabe des Antragstextes die Zugehörigkeit zu diesem Sonderprojekt.

Wir freuen uns auf Ihren Antrag und stehen Ihnen bei Rückfragen gern zur Verfügung!

Stephanie Becker: becker@dvv-vhs.de; Tel.: 0228-97569-158

Alisa Dumke: dumke@dvv-vhs.de; Tel.: 0228-97569-595

Johanna Kranz: kranz@dvv-vhs.de; Tel.: 0228-97569-172

Magda Langholz: langholz@dvv-vhs.de; Tel.: 0228-97569-66

Gefördert vom:



Konzeptskizze: Workshop zum Thema „Protest in Zeiten des Internets“

Das Internet und die sozialen Medien dienen insbesondere für Jugendliche immer mehr als Grundlage, um Wissen und Informationen einzuholen, aber auch als Ort für Meinungsbildung und die Diskussion gesellschaftlicher Themen. Online-Kommunikation kann Menschen politisch aktivieren. Auch hinsichtlich der Wirkung und der Organisation von politischem Protest gewinnen die sozialen Medien immer mehr an Bedeutung. Die Verbreitungswege sind schnell und die Hürde für (politische) Beteiligung ist niedrig.

In einem Workshop mit Jugendlichen kann dieses Thema aufgegriffen werden. Hierbei können unterschiedliche Schwerpunkte bearbeitet werden:

- Wie wird politischer Protest definiert? (Unterscheidung zwischen institutionalisierter und nicht-institutionalisierter politischer Beteiligung)
- Welche historischen und zeitgenössischen Beispiele gibt es und wie hat sich Protest im Laufe der Zeit verändert?
- Welche Faktoren sind ausschlaggebend dafür, dass Protestbewegungen junger Menschen politische und gesellschaftliche Veränderungen bewirken? (vom Aktivismus zur Gesetzesänderung)
- Welche Bedeutung haben soziale Medien bzw. das Internet für politischen Protest? Ist es dadurch einfach(er), sich politisch zu engagieren? Und wie nachhaltig ist das Engagement, wenn es nur im digitalen Raum stattfindet?
- Welche Rolle spielt das Internet für Protestbewegungen in anderen Ländern, in denen beispielsweise das Internet oder soziale Medien überwacht werden?
- Was bedeuten die niedrigen Hürden des Internets für die Verbreitung von Desinformationen, die für Online-Mobilisierung genutzt werden kann? (Hierbei können z.B. die Materialien der [Modulbox](#) „Politische Medienbildung für Jugendliche – Auf Hate Speech und Fake News reagieren“ (Modul „Fake News“) genutzt werden.)
- Reflexion des eigenen (Online-) Verhaltens: Inwiefern engagieren die Teilnehmenden sich selbst in den sozialen Medien politisch? Werden politische Inhalte geteilt/konsumiert oder beispielsweise Online-Petitionen unterschrieben?

Mögliche Methoden und Ergebnisse eines solchen Workshops:

- Die Jugendlichen setzen sich mit den Möglichkeiten politischen Engagements und ihren eigenen Forderungen und Wünschen auseinander und organisieren ihre eigene kleine politische Kampagne oder Protestaktion – beispielsweise eine Plakat- und Postkartenkampagne, eine Unterschriftenaktion oder einen Blog zu einem Thema ihrer Wahl.
- Die Menschen- oder Kinderrechte werden mit den Jugendlichen künstlerisch aufbereitet. Einzelne Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte können dabei aufgegriffen, kreativ aufbereitet und bei Bedarf ausgestellt oder verbreitet werden. Hierbei kann die Frage aufgeworfen werden, welche Bedeutung die einzelnen Menschen-/Kinderrechte für jede*n persönlich hat oder welchen Bezug sie zum eigenen Alltag und den derzeitigen politischen Verhältnissen haben.
- Die Themen Protest und Menschenrechte können in einem politisch-historischen Kontext bearbeitet und thematisiert werden. Grundlage hierfür können beispielsweise Zeitzeugeninterviews sein. Welche Formen des Widerstandes gab es beispielsweise in der ehemaligen DDR oder zur Zeit des Nationalsozialismus? Wie unterscheiden sich diese zu Protestformen der Gegenwart? Hätte die Nutzung sozialer Medien in der Vergangenheit andere Möglichkeiten geboten, Protest zu organisieren?